

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung - D-10702 Berlin VI A 1
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen,
Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin

An
die Senatsverwaltungen (einschl. Senatskanzlei)
die Verwaltung des Abgeordnetenhauses
den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes
den Präsidenten des Rechnungshofes
den Berliner Datenschutzbeauftragten
die Bezirksämter
die Sonderbehörden
die nichtrechtsfähigen Anstalten
die Krankenhausbetriebe
die Eigengesellschaften
die gemischtwirtschaftlichen Unternehmen,
an denen Berlin überwiegend beteiligt ist
die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des
öffentlichen Rechts

Dienstgebäude
Württembergische Str. 6
10707 Berlin
Martin-Luther-Str. 105
10825 Berlin



Bearbeiter/ in
Frau Menger/ Matthias Bogen-
schneider

Stellenzeichen: SenStadt VI A 1/
SenWiTechFrau II F 14

sabine.menger@senstadt.berlin.de
Matthias.Bogenschneider
@senwtf.berlin.de

(E-Mail-Adresse nicht für Dokumente mit
elektronischer Signatur)

Telefon (0 30) Telefax (0 30)
9012 – 8547/ 9012 – 8551/
90 13 – 8498 90 13 – 7613
Intern:912/ 913 Intern:912/ 913

Datum
23 . Februar 2009

Gemeinsames Rundschreiben SenStadt VI A/ WiTechFrau II F Nr. 1/ 2009

Konjunkturpaket II – Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung von Vergabeverfahren und Verfahren zur Aufstellung und Prüfung von Planungsunterlagen

Maßnahmen für Bauaufträge sowie für Liefer- und Dienstleistungsaufträge




Zur Beschleunigung öffentlicher Investitionen hat die Bundesregierung am 27. Januar 2009 vereinfachte Verfahren für öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungen beschlossen. Zur beschleunigten Umsetzung von Investitionen im Land Berlin orientiert sich Berlin an den Entscheidungen des Bundes.

1. Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte nach VOB/A

1.1 Veränderung der Wertgrenzen für Beschränkte Ausschreibung, Freihändige Vergabe

Im Baubereich werden folgende Wertgrenzen für Beschränkte Ausschreibungen und Freihändige Vergaben nach § 3 Nr. 1 Abs. 2 und Abs. 3 VOB/A bei öffentlichen Aufträgen eingeführt:

Verkehrsverbindungen:

 Rathaus Schöneberg, Innsbrucker Platz
 Schöneberg, Innsbrucker Platz
 M46, M48, 104, 106, 187, 248

Zahlungen bitte bargeldlos
an die Landeshauptkasse
Berlin

Geldinstitut
Postbank Berlin
Berliner Bank
LBB
Landeszentralbank

Kontonummer
58-100
9 919 260 800
0 990 007 600
10 001 520

Bankleitzahl
100 100 10
100 200 00
100 500 00
100 000 00

international:

Landeszentralbank IBAN DE 5310000000010001520
BIC: MARKDEF 1100

- Beschränkte Ausschreibungen 1.000.000 € ohne Umsatzsteuer
- Freihändige Vergabe 100.000 € ohne Umsatzsteuer

Unterhalb dieser Wertgrenzen kann die Vergabestelle ohne Nachweis eines Ausnahmefalles Beschränkte Ausschreibungen oder Freihändige Vergaben durchführen.

Im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen werden die für Berlin gültigen Regelungen der AV zu § 55 LHO wie folgt geändert:

Die bisherigen Wertgrenzen für Bauleistungen nach Nummer 7.1.1.2 AV § 55 LHO für die Beschränkte Ausschreibung bei Bauleistungen mit einem voraussichtlichen Wert bis zu 100.000 €, und die der Freihändigen Vergabe bei Bauleistungen (Nummer 7.1.2.2 AV § 55 LHO) mit einem voraussichtlichen Wert bis zu 5.000 € werden befristet bis zum 31. Dezember 2010 außer Kraft gesetzt. Es gelten die neuen Wertgrenzen.

Nummer 11 AV zu § 55 LHO wird dahingehend geändert, dass die Betragsgrenzen der genannten Vergabeverfahren bis zum 31. Dezember 2010 die Preise ohne Umsatzsteuer umfassen.

1.2 Vergabe von Rahmenverträgen für besondere Bauunterhaltungsmaßnahmen

Die Regelungen des Rundschreibens SenStadt VI A Nr. 03/2008 vom 23. April 2008 werden befristet bis zum 31. Dezember 2010 wie folgt angepasst:

Die Einzelauftragswerte für neue Rahmenverträge für besondere Bauunterhaltungsmaßnahmen werden einheitlich für den Hoch-, Tief-, Garten- und Landschaftsbau auf 100.000 € ohne Umsatzsteuer erhöht.

Die Vertragsdauer kann auf 24 Monate erhöht werden. Der Anwendungsbereich erstreckt sich auf alle Bauunterhaltungsmaßnahmen.

Bestehende Rahmenverträge bleiben unberührt.

1.3 Veröffentlichungspflicht

Angesichts des zu erwartenden Anstiegs von Beschränkten Ausschreibungen und Freihändigen Vergaben ist besonders auf einen fairen Wettbewerb durch eine Erhöhung der Transparenz zu achten.

Aus diesem Grund ist bei Beschränkter Ausschreibung ab einem Auftragswert von 150.000,- € ohne Umsatzsteuer und bei Freihändiger Vergabe ab einem Auftragswert von 50.000,- € ohne Umsatzsteuer nach Zuschlagserteilung über die Vergabe, sofern Sicherheitsinteressen nicht tangiert werden, in geeigneter Weise zu informieren.

Diese Information muss mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Name, Anschrift, Telefon-, Faxnummer und E-Mailadresse des Auftraggebers,
2. gewähltes Vergabeverfahren,
3. Auftragsgegenstand,
4. Ort der Ausführung,
5. Name und Sitz des beauftragten Unternehmens

Unberührt bleibt die Pflicht zur Übersendung der Vergabevermerke an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – VI A 3 - .

1.4. Eignungsnachweis

Bei der Beschränkten Ausschreibung und der Freihändigen Vergabe ist die Eignung der Bieter vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu prüfen. Deshalb sind insbesondere im Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV) oder in der Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. eingetragene (präqualifizierte) Unternehmen (vorhandener Nachweis der Eignung) aufzufordern.

Bestehen bei der Vergabestelle Bedenken, dass durch die vorgesehene Auswahl dieser Unternehmen für den in Betracht kommenden Auftrag aufgrund deren konkreter Auslastung Wettbewerbsbeschränkungen nicht auszuschließen sind, können auch nicht im ULV und nicht präqualifizierte Unternehmen aufgefordert werden. Diese haben ihre Eignung durch Einzelnachweise zu belegen. Die Gründe und die Auswahl der Unternehmen sind im Vergabevermerk anzugeben.

Unberührt bleibt die Pflicht zur Abfrage beim Berliner Korruptionsregister.

1.5 Ausschreibung von 80% der Bauleistungen vor Abschluss des ersten Bauvertrags

Das Rundschreiben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung VI A Nr. 6/2003 wird bis zum 31. Dezember 2010 außer Kraft gesetzt.

1.6 Ergänzende Regelungen

Bei Auftragsvergaben sind bevorzugt mittelständische Unternehmen in den Bieterkreis aufzunehmen, der Kreis der Bieter ist aber regelmäßig zu wechseln, um ungerechtfertigte Bevorzugungen zu vermeiden.

Auch bei einer zulässigen Freihändigen Vergabe sind grundsätzlich mehrere Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern. Auf Nr. 46 (2) Teil III der ABau wird verwiesen. Bei der Vergabe der Aufträge ist der Grundsatz der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelbewirtschaftung uneingeschränkt zu beachten.

Die Regelungen betreffen sowohl die Vergaben im Rahmen des Konjunkturpaketes II als auch alle anderen Vergaben Berlins bis zum 31. Dezember 2010.

Gleichermaßen gelten alle Regelungen auch für Zuwendungsempfänger (§§ 23, 44 LHO), welche die VOB gemäß Zuwendungsrecht anzuwenden haben.

1.7 Vergabestatistik

Zur Gewährleistung der Transparenz der vorgesehenen Maßnahmen ist von den Dienststellen halbjährlich, jeweils Ende Juni und Dezember, erstmals zum 30. Juni 2009, eine Vergabestatistik zu den Maßnahmen die im Rahmen des Konjunkturpaketes II finanziert werden, anzufertigen und vorzuhalten.

Folgende Informationen sollen enthalten sein:

- a. Bei Öffentlichen und Beschränkten Ausschreibungen ab 100.000 Euro ohne Umsatzsteuer:
 - die Art der Vergabe
 - die geschätzten Kosten
 - die Auftragssumme
- b. Bei Beschränkten Ausschreibungen und Freihändigen Vergaben ab 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer

- die Art der Vergabe
- die Anzahl der zur Abgabe eines Angebots aufgeforderten Unternehmen
- die Anzahl der abgegebenen Angebote
- der Name des beauftragten Unternehmens

2. Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte nach VOL/A

Für Aufträge nach der VOL wird die Grenze, bis zu der freihändig oder beschränkt vergeben werden kann, auf 100.000 € (ohne Umsatzsteuer) festgelegt.

Um auch bei diesen beschleunigten Verfahren den notwendigen Wettbewerb sicherzustellen sollten im Regelfall mindestens drei Angebote eingeholt werden.

Bei Auftragsvergaben dieser Art sind bevorzugt mittelständische Unternehmen in den Bieterkreis aufzunehmen. Dabei ist der Kreis der Bieter regelmäßig zu wechseln, um ungerechtfertigte Bevorzugungen zu vermeiden.

3. Vergabeverfahren ab Erreichen der EU-Schwellenwerte nach VOB/A, VOL/A, VOF

Bei den Vergaben ab den EU-Schwellenwerten halten es der Europäische Rat sowie die Europäische Kommission auf Grund des außergewöhnlichen Charakters der gegenwärtigen Wirtschaftslage für gerechtfertigt, in den Jahren 2009 und 2010 die beschleunigten Verfahren der Richtlinien über das öffentliche Beschaffungswesen anzuwenden. Die Anwendung der beschleunigten Verfahren ist daher ohne Nachweis eines Ausnahmetatbestands gerechtfertigt. Aufgrund der konjunkturellen Lage ist von einer Dringlichkeit auszugehen. Daher ist die Anwendung der beschleunigten Verfahren mit den aus Dringlichkeitsgründen zulässigen Fristverkürzungen (§ 18a Nr. 2 VOL/A, § 18a Nrn. 2 und 3 VOB/A, § 14 Abs. 2 VOF) ohne Nachweis eines Ausnahmetatbestands gerechtfertigt. § 13 Vergabeverordnung (VgV) ist zu beachten.

4. Beschleunigung durch Änderungen der Regelungen zur Aufstellung und Prüfung von Planungsunterlagen

4.1 Hochbaumaßnahmen

Änderung der Ergänzenden Regelungen der AV zu § 24 LHO bei Baumaßnahmen bis zu Gesamtbaukosten von 5 Mio. €

Das bisher in Berlin nach den Ergänzenden Regelungen der AV zu § 24, Nr. 2.1 LHO geltende vereinfachte Verfahren für kleine investive Hochbaumaßnahmen bis 1 Mio. € wird befristet bis zum 31. Dezember 2010 erweitert auf Baumaßnahmen bis zu 5 Mio. € Gesamtbaukosten.

Die Unterlagen sind nach dem Regelverfahren aufzustellen. Das Bedarfsprogramm entfällt. Den weiteren Planungsschritten ist ein abgestimmtes Raum- und Funktionsprogramm zugrunde zu legen. Dieses ist zum Bestandteil der Vorplanungs- und Bauplanungsunterlagen zu machen.

Entsprechend der Art der Baumaßnahme können Planungsinhalte der Vor- und Bauplanungsunterlagen reduziert und/oder zusammengefasst werden. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit der Planungsunterlagen, die Wirtschaftlichkeit und die Notwendigkeit liegt beim Bedarfsträger und beim Aufsteller.

Eine Prüfung der Baumaßnahmen unter 5 Mio. € entfällt.

4.2 Zuwendungsmaßnahmen

Änderung der AV § 44 LHO

Für die Aufstellung und Prüfung von Planungsunterlagen bei Baumaßnahmen für die eine Zuwendung gewährt wird, ist bisher gem. AV § 44 LHO keine Kostengrenze für Verfahrensvereinfachungen festgelegt. Hier gilt das Regelverfahren nach den Ergänzenden Regelungen der AV zu § 24 LHO mit der Notwendigkeit der Erstellung und Prüfung von Unterlagen in allen Phasen der Planung.

Im Falle von Zuwendungen für Baumaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II werden die Verfahrensvereinfachungen aus 4.1 dieses Rundschreiben befristet bis 31. Dezember 2010 auf diese übertragen unter der Voraussetzung, dass die Zuwendungsempfänger über hinreichenden fachlichen Sachverstand verfügen, der eine wirtschaftliche, zweckentsprechende und qualitätsorientierte Mittelverwendung sicherstellt.

Eine Prüfung durch die für das Bauen zuständige Senatsverwaltung entfällt in diesen Fällen.

Das gilt auch für die durch das Konjunkturprogramm II finanzierten Krankenhäuser.

Im Auftrag
Zander